

Riesauer Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Amtsblatt

Verlagsort: Riesa, Nr. 20.

Verlagsort: Leipzig, Nr. 20.

für die Königl. Amtshauptmannschaft Großenhain, das Königl. Amtsgericht und den Rat der Stadt Riesa, sowie den Gemeinderat Gröbba.

Nr. 121.

Dienstag, 28. Mai 1918, abends.

71. Jahrg.

Das Riesauer Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, durch unsere Träger frei Haus oder bei Abholung am Schalter der Post. Postanhalten vierteljährlich 3 Mark, monatlich 1 Mark. Anzeigen für die Nummer des Ausgabebetages sind bis 10 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Preis für die 43 mm breite Grundzeile (7 Zeilen) 25 Pf., Ortspreis 20 Pf.; zeitraubender und tabellarischer Satz entsprechend höher. Nachweisungs- und Vermittlungsgebühr 20 Pf. feste Taxe. Bewilligter Rabatt erlischt, wenn der Vertrag verfällt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Übernehmendes Unterhaltungsbeilage „Erzähler an der Elbe“. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Verbreitungsanstalten — hat der Bezahler keinen Anspruch auf Vervielfachung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Sander & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Arthur Hänel, Riesa; für Anzeigenverwaltung: Wilhelm Hirsch, Riesa.

Baugewerke, Dachdecker, Glaser, Klempner, Maler, Schlosser, Tischler, Töpfer und Ofenbauer, Scharwerkmacher und Zimmerer, die im laufenden Jahre — vom 1. Juli dieses Jahres bis 1. Juli 1919 — bei Vergabung von Unterhaltungsarbeiten an städtischen Gebäuden Berücksichtigung finden wollen, werden hiermit aufgefordert, sich einen entsprechenden Angebotsvordruck im Stadtbaumeisteramt abzuholen und ausgefüllt bis **Sonnabend, den 7. Juni 1918, vormittags 10 Uhr** wieder dahin einzureichen. Später eingehende Angebote werden nicht angenommen. Die Auswahl unter den Bewerbern und die Zurückweisung sämtlicher Angebote bleiben vorbehalten. Gewerke, die nicht mindestens seit einem Jahr ihr Gewerbe in Riesa selbständig betreiben, bleiben außer Betracht. Der Rat der Stadt Riesa, den 25. Mai 1918.

Einquartierung in Gröbba.

Ab 30. Mai 1918 wird die Gemeinde Gröbba wieder mit Einquartierung belegt.

und zwar mit einem Massenquartier und einer größeren Anzahl Einzelquartieren. Die hiesigen Hausbesitzer und Einwohner möchten wir ganz besonders darauf hinweisen, daß sie verpflichtet sind, die ihnen zugewiesene Einquartierung unweigerlich zu übernehmen. Diejenigen, die zur Unterbringung des ihnen zugewiesenen Mannes in ihrem eigenen Hause oder ihrer eigenen Wohnung keinen Raum haben, sind verpflichtet, denselben in einem anderen Quartiere bei Bekannten oder in einem Gasthause auf eigene Kosten unterzubringen.

Im Juni werden voranschicklich belegt: Babuhsstraße, Raschenshausstraße, Weidner Straße, Gobe Straße, Elbweg, Landshammer Straße, Au der Heberlandstraße, Spinnerei-Straße und Weststraße. Gröbba, Elbe, am 27. Mai 1918.

Der Gemeindevorstand.

Ausweisarten für die Kinder bis zum 2. Lebensjahre werden **Mittwoch, den 29. Mai 1918, vormittags von 8-12 Uhr** im Gemeindeamt ausgegeben. Geburtsurkunde und Ausweisarten sind vorzulegen. Weidba, den 28. Mai 1918.

Der Gemeindevorstand.

Kriegsnachrichten.

Neue deutsch-russische Verhandlungen. Nach einer Meldung der Petersb. Teleg. Agentur hat das Volkskommissariat für auswärtige Angelegenheiten am 22. Mai dem deutschen Botschafter Grafen Mirbach eine Note überreicht, in welcher es als Sitz des Sonderausschusses zur Regelung einiger sich aus dem Friedensvertrage von Brest-Litowsk ergebenden Punkte Moskau vorschlägt und folgende Fragen als Verhandlungsgegenstände vorschlägt: 1. die Lage im Kaukasus, 2. die Lage in der Arim, 3. die in Artikel 8 des Friedensvertrages vorbehaltene Grenzführung und die Fragen des zeitweiligen Besetzungsrechtes Deutschlands, 4. die politische Lage Estlands und Livlands, 5. Kriegsgefangenenfragen, 6. Grundfragen der wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Deutschland und Rußland.

Rußland und die Entente. Reuters meldet aus London: Die Blätter melden aus Washington: Die Alliierten und die Vereinigten Staaten haben sich über eine Politik des Nichteingreifens in Rußland geeinigt. Gleichzeitige bieten sie Rußland Zusichern und jede moralische Hilfe an. Für den Augenblick wird also kein Eingreifen stattfinden. England und die Vereinigten Staaten haben der japanischen Regierung mitgeteilt, daß ihr neuer Kurs nicht von einem Verdacht gegen Japan eingeebnet sei, sondern daß es sich dabei nur um eine politische Frage handle.

Rußlands künftige Bedeutung. Der frühere englische Botschafter in Petersburg, Buchanan, betonte in einer längeren Rede im britisch-russischen Klub in London die Bedeutung Rußlands, das trotz seines Zerfalls in eine große Anzahl von Republiken schließlich härter bestehen werde als je zuvor und deshalb die rechte Aufmerksamkeit Englands erfordere, wenn man nicht die vollständige Abhängigkeit Rußlands von deutschen Einflüssen eintreten sehen wolle.

Die ukrainisch-russischen Friedensverhandlungen. In der vorgelagerten Abendigung der ukrainisch-russischen Verhandlungen wurde die Erörterung der Waffenstillstandsbedingungen nicht beendet. Kolowoski erhob Einspruch gegen die vorgeschlagene Demarkationslinie, die den augenblicklichen militärischen Stellungen nicht entspreche und angeblich Dankschreiben von neuen Landreisen erfolge. In der Debatte warf Kolowoski die Frage auf, welche Rolle die deutschen Truppen spielten. Der ukrainische Vorsitzende Scheluchin lehnte die Verantwortung ab, da er nicht bevollmächtigt sei, für die deutsche Kommandogewalt zu sprechen. Deutschland sei Verbündeter der Ukraine.

Aus der Ukraine. Der ukrainische Ministerrat genehmigte den Entwurf des Landwirtschaftsministers betr. die Realisierung der diesjährigen Ernte. Die sogenannten Ausführungsbestimmungen zum Gesetz über die Realisierung der Ernte sind dem ukrainischen Landbesitzer zu überreichen. Die Realisierung der Ernte wird durch die Kontrolle und Durchführung liegt der neuen Landwirtschaftskommission ob. — Gerüchweise verlautet, Baron Steinheil, Mitglied der ersten Duma für Kiew, sei zum ukrainischen Gesandten in Berlin ernannt worden. — Die neue Delegation der Kongregation ist in Kiew eingetroffen, weswegen die von der Donbesatzung gewählte bisherige Delegation abreisen wird. „Kiewskaja Wjst“ unterstreicht hierbei, daß die abreisende Delegation gegen die Einmischung einer auswärtigen Macht in die Donangelegenheiten war. — Nach einem Moskauer Telegramm der „Nabotschaja Schwa“ ist das Donministerium gebildet. Ministerpräsident ist Generalmajor Bogajewski. — Gerüchweise verlautet, daß Trotski und der Kommissar für Nationalitätsfragen Stalin demnächst in Kiew eintreffen werden.

Der Handel mit der Ukraine. Dieser Tage trat die Nachricht von dem tatsächlich beginnenden Warenaustausch mit der Ukraine, von dem Einfreise der ersten Sendungen landwirtschaftlicher Geräte in Kiew, ein. Nur so, durch tatsächliche Leistung und praktische Arbeit läßt sich der Weg aus der politischen Irdischheit unseres Verhältnisses zur Ukraine finden. Jetzt werden auch die noch vorhandenen Getreidevorräte leichter loszuwerden sein. Mit Geld allein waren sie nicht zu bekommen. Denn Geld hat der ukrainische Bauer genug und übergenuß. Die russischen Papiermarken liegen in seiner Schublade und gelten nichts mehr.

Dem deutschen Papiergeld gegenüber ist er deshalb auch nichttrauend. Ueberhaupt aber hat ja der Krieg gezeigt, daß das Geld als bloßes Mittel zum Zweck sofort den Wert verliert, wenn sein Zweck, die Ware, nicht mehr zu haben ist. Der ukrainische Bauer will landwirtschaftliche Geräte, will Pflug und Sense, Art und Spaten haben. Wenn er das für sein Geld nicht kaufen kann, dann ist das Geld nichts wert. Sobald aber die Dinge zu haben sind, die das Land seit langer Zeit bitter sehnerlich entbehrt, dann wird man auch das deutsche Geld zu schätzen wissen, mit dem man sie kaufen kann. Und dann wird man auch von seinem Getreide lieber für solche Notwendigkeiten etwas hergeben, statt es zu Schnaps zu verbrennen oder anderweitig zu verschwendung.

Die transkaukasische Frage. Nach einer Meldung der Petersb. Teleg. Agentur aus Moskau hat das Volkskommissariat für auswärtige Angelegenheiten den Ministern des auswärtigen in Tokio durch Funkpost sein Befriedigung darüber ausgesprochen, durch den deutschen Botschafter Grafen Mirbach gehört zu haben, daß die transkaukasische Regierung in Ischewel durch ihren Vertreter Matzhabali über die Trennung Transkaukasien von Rußland und seine Selbständigkeit zu verhandeln wünscht, und schlägt, ohne damit die Unabhängigkeit Transkaukasien schon anerkennen zu wollen, die von der Mehrheit der transkaukasischen Bevölkerung nicht gewünscht wird, als Ort der Verhandlungen die Stadt Wladikawkas vor, da Kiew nicht günstig gelegen sei. Sie teilt den Wunsch der deutschen Regierung, daß die Verhandlungen möglichst bald aufgenommen und zu Ende geführt werden möchten. Zugleich hat das Volkskommissariat für auswärtige Angelegenheiten am 23. Mai dem deutschen Botschafter Grafen Mirbach eine Note überreicht, aus deren Wortlaut sich folgender Verlauf der Dinge ergibt: Am 13. Mai hatte das Volkskommissariat das Angebot des Grafen Mirbach angenommen, Beziehungen zwischen der russischen Regierung und der angehängten transkaukasischen Regierung zu vermitteln. Am 14. Mai hatte der deutsche Botschafter vorgeschlagen, die russische Regierung möchte ihm ihre Wünsche in dieser Beziehung schriftlich mitteilen, und diese hatte geantwortet, daß ihrer Meinung nach ein Vorkommstiger Rußlands an den Verhandlungen in Batum zwischen Deutschland und der Türkei einerseits und Transkaukasien andererseits teilnehmen möchte, da Rußland anderenfalls einen dort zustande kommenden Vertrag nicht würde annehmen können. Am 22. Mai hat der deutsche Botschafter dem Volkskommissariat mitgeteilt, daß die transkaukasische Regierung den Bürger Matzhabali zu ihrem Vertreter an den Verhandlungen über die Unabhängigkeit Transkaukasien ernannt, zugleich Kiew als Ort der Verhandlungen vorgeschlagen und eine schnelle Einigung empfohlen habe. Diesen Vorschlag nahm die russische Regierung an.

Der Ententevorschlag gegen den Frieden mit Rumänien. Aus Berlin wird gemeldet: Halbamtlich wird mitgeteilt: „Durch einen Unvorsichtigen erhalten wir von einem Protest Kenntnis, den die Vertreter Frankreichs, Englands, Italiens und der Vereinigten Staaten an die rumänische Regierung gerichtet haben. In diesem Schriftstück werden alle Abmachungen des Friedens für null und nichtig erklärt, die den Prinzipien zuwiderlaufen, deren Verletzung die Entente zum Kriege gezwungen hat oder die die Rechte und Interessen der Ententemächte verletzen.“ Diesen Protest wird die rumänische Regierung wohl einfach zu den Akten legen, die das Bündel Versprechungen der Entente an die verlassene rumanische Regierung enthalten. Weil die Regierung Bratianus sich auf diese Versprechungen verließ, hat sie Rumänien verdrängt in den Krieg geführt. Weil die Entente ihre Versprechungen nicht erfüllen konnte und Rumänien im Stich ließ, hat die jetzige rumanische Regierung Frieden geschlossen. Unter das unheilvolle Kapitel der Politik ihrer Vorgänger hat sie ebenfalls den Schlüssel gezogen. Proteste der Entente können zum Glück Rumäniens daran nichts ändern.

Die diplomatische Vertretung der Sowjetregierung in der Schweiz. Aus Bern wird gemeldet: Der Bundespräsident Calonder empfing den Chef der Mission in der Schweiz eingetroffenen diplomatischen Vertretung der russischen Sowjet-Republik Jean Vergine in Andens. Wie verlautet, werden die schweizerischen Behörden mit den diplomatischen Vertretern der Sowjet-Republik tatsächliche Beziehungen aufnehmen, wie denn auch bereits die schweizerische Gesandtschaft in Petersburg mit der Sowjet-Regierung tatsächliche Beziehungen unterhält. Die Aufnahme solcher (nicht offiziellen) Beziehungen liegt im Interesse der in Rußland lebenden Schweizer sowohl wie auch im Interesse der in der Schweiz lebenden Russen, deren Lage bekanntlich äußerst bedenklich ist. Vergine gab übrigens im Bundesratsratte die Versicherung ab, daß sowohl er wie die Mitglieder seiner Mission sich ganz selbstverständlich

jeder politischen Maximalistischen Propaganda in der Schweiz enthalten würden.

Die Beschiebung von Paris wieder aufgenommen. Agence Havas meldet: Die Beschiebung des Pariser Bezirks durch das weittragende Geschütz ist gestern früh wieder aufgenommen worden.

Die sinnlose Beschiebung von Laon hat, wie aus Berlin gemeldet wird, in den letzten Tagen wieder erheblich zugenommen. Durchschnittlich fielen in den letzten Tagen seit dem 20. Mai 200 Granaten auf Laon und in seine Vorstädte. Besonders stark war trotz regnerischen Wetters die Beschiebung am 24. Mai. Die Vorstädte sind nur noch Trümmer. Die Oberstadt verfallt immer mehr. Die verängstigten Bewohner, unter denen die Beschiebung täglich Opfer fordert, können sich aus ihren Kellern nicht mehr herauswagen. Es ist, wenn die Beschiebung andauert, nur eine Frage der Zeit, wann die noch vorhandenen Teile von Laon mit allen Kirchen und Dautenmästern ein Raub der Flammen werden.

Oesterreichisch-ungarischer Generalstabbericht. Amtlich wird aus Wien vom 27. Mai verlautbart: Im Anschlusse an die Erkundungsunternehmungen des 25. Mai trafen die Italiener gestern mit mehreren Alpini-Batalionen, unterstützt durch schweres Artillerie- und Mitiionen, unsere Stellungen südlich des Lonale-Passes an. Ein kleiner Teil unserer Linien wurde etwas zurückgedrückt. Sodann wurde das weitere Vordringen des Gegners verhindert. Der Chef des Generalstabs.

Zum Abbruch der Beziehungen zwischen Mexiko und Kuba. Aus Berlin wird berichtet: Ueber die Vorgeschichte des Abbruches der diplomatischen Beziehungen zwischen Mexiko und Kuba wird uns von autoritativer privater Seite mitgeteilt: Carranza, der Präsident des neuen Mexiko, hat sich bisher allen Treibereien Wilsons gegenüber als ein fester Hort gerechter und wahrer Unparteilichkeit bewährt. Er hat mit Kraft und Mut allen Einschüchterungsversuchen des Panzers standgehalten. Von diesem Geiste zeugt auch die neue Verfassung, die seine Regierung unlängst inbetreff der schwarzen Viten erlassen hat, um den Wählereien der amerikanischen Konsulatsvertreter behufs Ausschaltung des deutschen Handels einen wirksamen Damm entgegenzusetzen. Die mexikanische Regierung betont eingangs dieser Verfassung ausdrücklich, daß das Verhalten der Amerikaner, wenn ihnen freie Hand gelassen würde, nicht nur eine Verletzung der mexikanischen Neutralität, sondern auch einen Eingriff in die Freiheit der mexikanischen Regierung im eigenen Lande bedeuten würde. Daher sollten nach dem Gesetze vom 8. März die Kapitäne sämtlicher Schiffe, die mexikanische Häfen anlaufen, verpflichtet sein, alle Waren für Empfänger, die auf der nordamerikanischen schwarzen Liste stehen, an diese auszuliefern, auch wenn ihnen dies von den nordamerikanischen Konsulatsvertretern unterlagert wird. widrigenfalls der Kapitän eine Geldstrafe von 50 Pesos für jedes nicht ausgelieferte Gollo zu gewärtigen hat und ihm die Weiterreise aus Mexiko verweigert werden würde.

Mexikanische Küstungen. Der „Beralt“ meldet aus Mexiko, daß eine Vorlage der Regierung im Parlament die militärische Ausbildung der Achtzehn- bis Sechszunddreißigjährigen verlangt.

Vertikales und Sächsisches.

Riesa, den 28. Mai 1918.

Auszeichnung. Kanonier Richard Luitisch, Sohn des Eisenfabrikarbeiters Hugo Luitisch, wurde mit dem Eisernen Kreuz 2. Klasse ausgezeichnet.

Berner Abend. Man schreibt uns: Lieselott und Conrad Berner konzertieren am Freitag, den 7. Juni in der „Elbterrasse“ mit einem Programm aus dem Lager der Romantik. Es ist dies der einzige diesjährige Abend der Künstler. Niemand, der Interesse für die stimmungs-vollen, vielseitigen Vorträge hat, veräume den gemessenen Abend.

Eine amtliche Erklärung zur Kürzung der Protraktion. Aus Stuttgart wird gemeldet: Minister des Innern v. Köhler teilte in der Zweiten Kammer wegen der grundsätzlichen Frage, ob es gestattet sei, daß die einzelnen Kommunalverbände, welche Erparnisse an Mehl gemacht hätten, von der Kürzung der Protraktion absehen, mit, daß die württembergische Regierung sich an die Reichsbetriebsstelle in Berlin gewandt hatte, die telegraphisch die Antwort erteilt habe, daß die Reichsregierung in dieser Frage folgenden Standpunkt vertritt: Voraussetzung für die Verwendung von Erparnissen zur Vermehrung einer Kürzung der Protraktion ist der genaue zahlenmäßige Nachweis, daß die Erparnisse durch die bisher geringere Bemessung der Protraktion erzielt worden sind. Die Entscheidung darüber, ob überhaupt Abweichungen von der festgesetzten Tages- und Ropmenge zulässig sind, wird vom